Bezirk:	Berichtsjahr: **2021**
Ansprechpartner*in: Frau Diefenbach, Frau Matthes	

Qualitativer Teil zum Berichtswesen Familienförderung (gemäß GR J 2/15)

Vorbemerkung

Der qualitative Teil zum Berichtswesen Familienförderung dient der Erklärung und Ergänzung des quantitativen Berichtswesens. Der Bezirk wird damit gebeten, über ***die wesentlichen Entwicklungen und Förderstrategien in Bezug auf die Einrichtungen der Familienförderung im Bezirk*** *zu berichten, damit die Fachbehörde diese Aspekte im Rahmen der Globalsteuerung einbeziehen kann. Ziel der Fachbehörde ist es, auf Basis der Informationen in Austausch und Zusammenarbeit mit den Bezirksämtern zu treten.*

Eine kurze, stichwortartige Beantwortung der Fragen reicht aus.

1. Welche nennenswerten Veränderungen in der **Bevölkerungsstruktur** finden aktuell im Bezirk **statt**? Bzw. welche nennenswerten Vorhaben mit Auswirkungen auf die Bevölkerungsstruktur sind geplant?
   (Z.B. durch Neubau oder Generationenwechsel in einem Sozialraum)

- Auch das Jahr 2021 war geprägt von der Corona-Pandemie, die die Lebenssituation der Menschen besonders hart getroffen und verschärft hat, die schon zuvor zu sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen gehörten. Es ist deutlich geworden, dass das soziale Ungleichgewicht in der Bevölkerung durch die Krise massiv verstärkt wurde (die persönliche Situation der Menschen in Wandsbek spitzt sich zu) und der Beratungs- und Unterstützungsbedarf grundsätzlich stark zugenommen hat. Es ist ein starker Anstieg an psychisch sehr belasteten Familien festzustellen.

- Geplante Neubaugebiete werden zu einer Verdichtung einzelner Quartiere und damit zu einem Anstieg der Bevölkerung führen, wie bspw. in Rahlstedt-Ost, Bramfeld und Steilshoop. In den Neubaugebieten „Jenfelder Au“ und in Farmsen (um das BFW herum) sind immer mehr Wohnungen bezogen worden. Die sozialräumlichen Angebote vor Ort für Familien sind jedoch nicht dementsprechend verstärkt worden, was zu einem größeren Bedarf an Nutzungen der vorhandenen Angebote führt, dem die Einrichtungen nicht gerecht werden können. Aufgrund der Covid- Eindämmungsverordnung konnten nicht alle Eltern/ Familien die Angebote nutzen, da die Anzahl der Teilnehmenden eingeschränkt werden musste. Vor allem in Farmsen werden Wohnungen und Wohnblocks gebaut, ohne zusätzliche Spielflächen und Anlaufstellen für Familien anzubieten.

- Ebenso ist ein Wegfall von Infrastruktur, erschwerten Einkaufsmöglichkeiten und mangelnder ärztlicher Versorgung festzustellen, vor allem in Steilshoop, Jenfeld und Hohenhorst.

- Auch die Unterkünfte mit der Perspektive Wohnen (UPW) für Geflüchtete in Jenfeld, Hummelsbüttel und Poppenbüttel führten zu einem Zuzug insbesondere von Familien mit Kindern. In Wohnunterkünften gab es z.T. eine hohe Fluktuation in der Bewohnerschaft, so dass dort v.a. erste Integrationsangebote gefragt waren (wie bspw. Sozialraumerkundung oder Sprachvermittlung mit Kinderbetreuung).

- Generell wurde ein enormer Zuzug von Familien mit mehreren Kindern festgestellt. Viele neue Familien kannten den Sozialraum nicht, es fehlte ihnen an Orientierung im Stadtteil mit Anlaufstellen und Ansprechpartnern.

- Verschiedene Kulturen und Lebensweisen trafen auf dichtem Raum aufeinander und führten nicht selten zu Streitigkeiten und Ausgrenzung. In Großlohe wurde eine deutliche Veränderung der Bevölkerung von alt zu jung festgestellt: Die Zahl der Familien mit Kindern nahm deutlich zu, die Anzahl der älteren Bewohner nahm ab.
  Diese Familien besuchten verstärkt die ortsnahen Beratungsstellen und Einrichtungen der Familienförderung, so dass dort teilweise Platzmangel herrschte.

2. Welche Veränderungen in der **Bedarfslage** von Familien nehmen Sie wahr?
   (Z.B. neue Probleme und Themen, besonderer Unterstützungsbedarf)

- Die Lebenssituation der Familien, die die Einrichtungen der Familienförderung besuchten, war grundsätzlich vielschichtig und heterogen. Die Corona-Pandemie hatte Auswirkungen auf jeden Familienhaushalt und sorgte insbesondere bei bereits vorher schon belasteten Familien für eine Zuspitzung der Lebenssituation - finanziell und psychisch.

- Stark zugenommen haben spezifische Mehrfachbelastungen bei Kindern und deren Familien, die von weiteren strukturellen Benachteiligungen betroffen sind, z.B. pandemiebedingter Jobverlust, kein oder ein niedriges Einkommen, existenzielle Not, unzureichende, beengte Wohnverhältnisse oder Wohnungslosigkeit, psychische Belastungen der Eltern, Suchterkrankungen, häusliche Gewalt, unzureichende Versorgung mit Nahrungsmitteln, Fluchterfahrungen und Isolation.

- Eltern waren durch die Corona-Pandemie zusätzlichen Belastungen ausgesetzt: Die eingeschränkte außerfamiliäre Betreuungssituation, die Verantwortung für ein durch Quarantänevorgaben geprägtes „Homeschooling“ bei gleichzeitigem „Homeoffice“, soziale Isolation, Ängste um die eigene Gesundheit, finanzielle Belastungen und Sorgen, Kurzarbeit oder der Verlust einer Beschäftigung, schlechte Erreichbarkeit der Behörden und Verzögerungen von (Transfer-) Leistungen zeigten deutliche und weitreichende Auswirkungen. Besonders die Unterstützung beim „Homeschooling“ der Kinder brachte Familien an ihre Grenzen. Der Schule ist es nicht gelungen, sozial benachteiligte Schüler gut zu begleiten. Eine Ausstattung mit technischen Geräten für den digitalen Unterricht und das digitale Lernen erschien nicht ausreichend, wenn die Wohnverhältnisse der Familie keinen Raum fürs Lernen bieten. Ebenso fand zu wenig Einzelförderung für Schüler statt, deren Eltern nicht die sprachlichen, fachlichen und pädagogischen Kompetenzen mitbringen, ihre Kinder beim Lernen zu unterstützen und begleiten. Benachteiligte Schüler:innen fallen aus dem System Schule, der Nachlernbedarf nimmt stetig zu.

- Vorher gebildete Systeme der Vereinbarkeit von Familie und Beruf waren häufig zusammengebrochen, niedrigschwellige Unterstützungs- und Austauschangebote entfallen.

Insbesondere die Quarantänevorgaben in den Institutionen Kita und Schule machten den familiären Alltag unplanbar. Besonders vulnerabel waren Familien mit Babys und Kleinkindern, Familien mit mehreren Kindern, Familien in Abhängigkeit von Transferleistungen, Familien im Niedriglohnsektor, Familien in Notunterkünften und Alleinerziehende. Die Hauptlast trugen überwiegend Frauen. Schwangere Frauen waren oft alleine und isoliert, da es keine bis kaum Angebote der Geburtsvor- und -nachbereitung gab. Eltern mit Neugeborenen fehlten vor allem der Austausch mit anderen Eltern und Alleinerziehende waren mehrfach belastet und besonders isoliert.

- Die im Narrativen Bericht für 2020 angenommene Zunahme von häuslicher Gewalt hat sich im Berichtsjahr 2021 bestätigt. Partnerschaftliche und familiäre Konflikte in den Familien sind in vielen Einrichtungen der Familienförderung verstärkt thematisiert worden. Die mit Beginn der Pandemie 2020 aufgekommene Mehrfachbelastung der Eltern, in Verbindung mit Isolation und Erschöpfung haben zu einer deutlichen Zunahme der häuslichen Gewalt in den Familien geführt. Die Belastungserfahrungen der Eltern wirkten wiederum auf die Eltern-Kind-Beziehung und waren weitere Stressoren für Kinder und Jugendliche.

- Deutlich gestiegen ist auch der Bedarf an Beratungen, vorwiegend von Mädchen und jungen Frauen, zum Thema sexualisierte Gewalt. Durch den langen Lockdown, das verstärkte Homeschooling und Reduzierung der sozialen Kontakte gab es kaum Ausweichmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, die von sexualisierter Gewalt im häuslichem Umfeld betroffen sind. Vertrauenspersonen in Schule und anderen Einrichtungen und Anlaufstellen waren schwieriger zu erreichen. Dieser Bedarf konnte über digitale Beratungsangebote aufgefangen werden. Der gestiegene persönliche Beratungsbedarf wurde in der Lockerungsphase im Sommer deutlich, wo die Anmeldungen für spezifische Angebote weitaus die Anmeldungen aus den Vorjahren übertrafen.

- Für die Kinder führte der beschränkte Zugang zu Regeleinrichtungen wie Kita und Schule, sowie Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und der rapide Wegfall des vertrauten Umfelds zu starker Verunsicherung, sozialer Isolation und Einbrüchen in ihrer psychischen Entwicklung. Durch fehlende soziale Interaktion beim kindgerechten Spielen und fehlende (Spiel-)Räume für Lernerfahrungen außerhalb der Familie wurden die Möglichkeiten der sozialen, sinnlich-motorischen und sprachlichen Förderung eingeschränkt. Viele Kinder zeigten stärker als zuvor Unausgeglichenheit, seelische Belastungen, psychomotorische Entwicklungsverzögerungen und gesundheitliche Beeinträchtigungen wie Mangelernährung oder Gewichtszunahme. Damit einhergingen Bewegungsmangel, erhöhter Medienkonsum, Aggressions- und Frustrationshandeln, Konzentrationsschwierigkeiten und Schlafprobleme. Aus Angst vor Ansteckung durften viele Kinder nicht mehr die Wohnung verlassen. Es ist anzunehmen, dass sich daraus resultierende Entwicklungsrückstände und Verhaltensauffälligkeiten erst in den kommenden Jahren bemerkbar machen.

- Insbesondere bei kleinen Kindern wurden massive Verhaltensauffälligkeiten deutlich, die sich vor allem bei der Eingewöhnung in die Krippe zeigten. Aufgrund der langen Isolation, Meidung von Menschenansammlungen und weniger Angeboten für kleine Kinder sind die Kinder fremde Wohnungen und größere Menschenansammlungen nicht gewöhnt und überfordert. Zudem ist es vielen Eltern schwer gefallen, sich von ihren Kindern zu lösen.

- Diese Mehrfachbelastung von Eltern und ihren Kindern hat zu einem gestiegenen und geleichzeitig komplexeren Unterstützungsbedarf bei den Stammnutzenden und einem deutlichen Zuwachs an Beratungsanliegen geführt, die die Einrichtungen der Familienförderung nur schwer und teilweise nicht ausreichend decken konnten. Dies zeichnete sich vor allem durch den deutlich gestiegenen Bedarf an Einzelberatung und intensiverer Begleitung der Familien ab.

Weiterhin gilt:

- Das Angebot an Kita-Plätzen (insbesondere. 5-Stundenplätzen für Krippe- und Elementar im Einzugsgebiet der Familien) wurde nach wie vor als nicht ausreichend betrachtet, vor allem für Kinder aus migrantischen Familien mit wenig bis keinen Deutschkenntnissen. Mit weitreichenden Folgen für die betroffenen Familien.

- In Bezug auf die Frühen Hilfen wurde von den Fachkräften der Trend einer Unterversorgung mit Wochenbettbetreuungen wahrgenommen. Wirtschaftliche Risiken für freiberufliche Hebammen führten möglichweise zu diesem Umstand. Es bestand eine gestiegene Nachfrage bei den Hebammensprechstunden in den Einrichtungen. Die strukturelle Unterversorgung an Hebammen hat besonders in der Pandemie dazu geführt, dass sich Neu-Eltern alleine und überfordert fühlten und keine ausreichende Unterstützung und Beratung bei der Versorgung und kindgerechten Fürsorge erhielten.

- Der Bedarf an qualifizierter Sozialberatung war weiterhin sehr hoch und ist mit dem Andauern der Pandemie fortwährend gestiegen. Teilweise gab es sehr lange Wartezeiten für einen Termin bei der Sozialberatung. Es wurde ein steigender Bedarf an Begleitungen der zu beratenden Familien festgestellt.

- Die Einrichtungen der Familienförderung nahmen einen Anstieg von Bedarfen an Konfliktmoderation für Eltern in Trennungsphasen wahr. Familien befanden sich verstärkt in familiären Krisen, Konflikten und Trennungen, was die Eltern und die Kinder psychisch sehr belastete. Die Nachfrage an Gruppen für Trennungs- und Scheidungskinder ist deutlich gestiegen. Es bestand in einigen Sozialräumen ein Raumbedarf für die außergerichtliche Umgangsbegleitung in strittigen Trennungsfällen.

3. Welche Veränderungen in der **fachlichen Arbeit** von Einrichtungen in Ihrem Bezirk sind Ihnen bekannt?
   (Z.B. Zielgruppenorientierung, Methoden, Kooperationen)

- Fachliche Grundprinzipien wie Niedrigschwelligkeit, Freiwilligkeit und Offenheit waren im Kontext von Hygienekonzepten, Abstandsregeln, festen Gruppengrößen, der Pflicht zur verbindlichen Anmeldung und der 3-G-Regelung nicht umzusetzen. Es fanden kaum bis keine offenen Angebote mehr statt, sondern überwiegend Angebote mit Anmeldung und begrenzten Teilnehmerzahlen. Einige Angebote (wie z.B. Koch- und Backangebote, Sport- und Musikangebote) konnten gar nicht mehr stattfinden, in einigen Einrichtungen auch aufgrund der zu kleinen Räume oder fehlendem Personal, das coronanbedingt aus privaten, beruflichen und gesundheitlichen Gründen ihre Arbeit eingestellt hat. Dabei bewegten sich die Fachkräfte selbst in einem Spannungsfeld aus Ansteckungsgefahr, Einschränkungen der Freiheit und Offenheit sowie fachlichem Anspruch und gesetzlichem Auftrag des SGB VIII**.**

- Dadurch waren viele Familien weggeblieben und nicht zu erreichen. Vor allem sozial benachteiligte, belastete und nicht gut organisierte Familien, die aufgrund der Niedrigschwelligkeit zuvor nur die offenen Angebote wahrgenommen haben, kamen nicht mehr in die Einrichtungen. Viele Mitarbeiter:innen der Einrichtungen haben darauf reagiert, sind aufsuchend tätig geworden und haben die bekannten Familien angerufen und per Mail angeschrieben, um auch weiterhin in Kontakt zu bleiben. Aber diese aufsuchende Arbeit ist zeitlich und organisatorisch sehr aufwendig und hat die Fachkräfte, die teilweise alleine oder zu zweit in den Einrichtungen tätig sind, über ihre Möglichkeiten beansprucht.

- Neben der dauerhaft notwendigen Flexibilität zur Anpassung der Angebote an die jeweils aktuelle Pandemielage und den dafür notwendigen Infektionsschutz, stellten die Mitarbeiter:innen einen immer größer werdenden Bedarf ihrer Zielgruppe nach Angeboten und Unterstützung fest. Dieser Bedarf wurde durch digitale und von Abstand geprägte Einzel- und Kleinstgruppenangebote aufgefangen. Die Fachkräfte arbeiteten mit großem Engagement, hoher Flexibilität und Kreativität, um die besonderen Bedarfe der Zielgruppen bestmöglich aufzufangen (z.B. Familienspielangebote in den Einrichtungen, Einzelberatungen (auch digital und telefonisch), Herausgabe von Spiel- und Bastelmaterial für Kinder, Organisation von Lebensmittelspenden und Essensausgaben an Familien). Viele Einrichtungen haben ihre Angebote nach draußen verlegt oder neue Angebote extra für draußen entwickelt, die von den Eltern sehr gerne angenommen wurden. In den Elternschulen wurden stark nachgefragte Angebote, wie z.B. Krabbelgruppen zwei- oder dreifach angeboten. Es sind immer noch nur feste Gruppen oder Angebote mit Terminvereinbarung möglich gewesen Es meldeten sich viele Familien an, die früher nur zu den offenen Angeboten gekommen sind. Es kam aber auch häufig vor, dass die Familien zu den angemeldeten Termine bzw. Angeboten nicht erschienen sind, was einen erheblichen Mehraufwand für die Fachkräfte bedeutet, die Anmeldungen bzw. Abmeldungen, Wartelisten und weiteren damit verbundenen organisatorischer Aufgaben zu koordinieren.

- Die Einführung der 3G-Regel in den Einrichtungen, in Verbindung mit der Möglichkeit der Corona-Selbsttests vor Ort sorgte bei vielen Eltern zu einem erhöhten Sicherheits- und das Schutzgefühl, die dann wieder neu und/oder verstärkt die Einrichtungen besuchten. Einige Einrichtungen haben einen aktuellen Schnelltest als Voraussetzung zur Teilnahme an Angeboten vorgegeben. Bei wenigen anderen Eltern hat aber auch gerade diese Einschränkung zum bewussten Wegbleiben geführt. Die Umsetzung und Überprüfung der 3-G-Regel und der Selbsttests vor Ort stellte die Mitarbeiter:innen und Honorarkräfte der Einrichtungen vor Ort vor eine große organisatorische und zeitliche Herausforderung, zusätzlich zur neuen Rolle der Kontrollierenden.

- Die Beratungen wurden komplexer und langwieriger und die gesundheitliche Aufklärung (um das Thema Corona) nahm deutlich zu und viel Zeit in Anspruch. Neu hinzu kamen die Fragen und Beratungsbedarfe der Eltern zum Thema „Corona-Impfung für Erwachsene und Kinder“.

- Die Anzahl an Einzelfallhilfen und psychosozialen Beratungen stieg deutlich an. Die Elternschulen berichteten, dass die Eltern aufgrund der kleineren Gruppen enger mit der Kursleitung in Kontakt kamen. Dementsprechend konnten diese Familien intensivere Unterstützung und Beratung erhalten.

- Die Fachkräfte in den Einrichtungen haben Aufgaben übernommen, die über den gesetzlichen Auftrag hinausgehen, z.B. Hausaufgabenhilfe und Unterstützung beim Homeschooling. Da viele Behörden wie das Jobcenter schlecht zu erreichen waren, hatten einige Menschen ohne ausreichende Sprachkenntnisse, digitale Ausstattung und Nutzungskenntnisse keine Zugänge. Es gab lange Wartezeiten für dringende Termine, so konnten Fristen nicht eingehalten werden. Auch hier haben die Fachkräfte vermehrt unterstützen müssen.

- Die digitale Vernetzung im Sozialraum hat sich gut eingespielt und wurde zunehmend zur Stärkung der interdisziplinären Arbeit gesucht, genutzt und sehr geschätzt, um gemeinsam einen guten Blick auf Familien im Stadtteil zu haben. Die Netzwerkarbeit ist immer wichtiger geworden und so bestand auch bei den Mitarbeitenden der Bedarf, vernetzt zu denken und

zu unterstützen. Der enge Austausch untereinander, auch in digitaler Form, ist routinierter geworden. Der Austausch und die Zusammenarbeit im Sozialraum (insbesondere mit dem JA) bindet eine große personelle Ressource, die in dem aktuellen finanziellen Rahmen nicht leistbar ist. Um sich im Sozialraum zu vernetzen und für die Kinder, Jugendliche und Eltern ein besseres Lebensumfeld zu gestalten, müssen die Einrichtungen mit mehr Fachkräften besetzt werden.

- Der Migrant:innen-Anteil mit geringen deutschen Sprachkenntnissen war auch in 2021 hoch. Hieraus ergab sich weiterhin ein konstant hoher Unterstützungs-Bedarf bei dem Spracherwerb, bei der Existenzsicherung und anderen Behördenangelegenheiten. Der Bedarf an mehrsprachigen Fachkräften ist weiterhin hoch. Interkulturelle Konzepte und niedrigschwellige, offene Zugänge sind daher weiterhin wichtig (bspw. Angebote der Begegnung in den Elternschulen, begleitet von Sprach- und Kulturmittler:innen.

- Es bestand zwischen den Einrichtungen eine erhöhte Nachfrage und Austausch bezüglich Prävention und Fachberatung zum Thema Sexuelle und Häusliche Gewalt. Die Einrichtungen setzten sich mit ihren bestehenden Schutzkonzepten vermehrt auseinander, da die Themen sexuelle und häusliche Gewalt in der Beratung zugenommen haben. Auch der bezirkliche Fachtag zum Thema Implementierung der Kinderschutzkonzepte in den Einrichtungen der OKJA, JSA und FamFö wurde von den Fachkräften der Einrichtungen der Familienförderung als Einstieg in die intensive Beschäftigung damit genutzt.

4. Hat sich die **Anzahl der öffentlich geförderten Einrichtungen** der Familienförderung verändert bzw. ist eine Änderung geplant? Wenn ja, wie und warum?
(Z.B. durch Entkommunalisierung)

- Die Anzahl an Einrichtungen ist gleich geblieben, es ist keine Entkommunalisierung geplant.

5. Welche Veränderungen in den **Planungs- und Steuerungsprozessen** des Bezirks finden statt oder werden angestrebt?
(Z.B. im Rahmen der Sozialraumorientierung, Umstrukturierung in der Verwaltung)

- Die Begleitung der Träger der Familienförderung bei der Umsetzung der Covid-Eindämmungsverordnung und der dazugehörigen Handlungsempfehlungen hat einen erheblichen Teil der Arbeit gebunden, so dass einige geplante Prozesse und Themen verschoben werden mussten.

- Fachamtsübergreifender sozialräumlicher Blick auf die Quartiere v.a. in Bezug auf die wachsende Stadt und die zur Verfügung stehenden Ressourcen.
Diese fachamtsübergreifende, jugendhilfeplanerische Zusammenarbeit hat sich vor allem beim Ausbau der Elternlotsenprojekte in besonders belasteten Sozialräumen in Wandsbek als sehr gewinnbringend erwiesen. Das Fachamt Sozialraummanagement hat in Kooperation mit dem Fachamt Jugend- und Familienhilfe die Standorte und den Träger für

die zwei neuen Elternlotsenprojekte (unter Beteiligung des JHA) ausgewählt. Die beiden neuen Projekte starten zum 01.01.2022.

- Intensivierung des Austausches mit den Trägern der Kinder- und Jugendhilfe für den Bereich der Familienförderung, um eine inhaltlich spezifischere und kontinuierliche Vernetzung herzustellen, ergänzend zur AG § 78 OKJA/JSA und FamFö

- Die Implementierung der Kinderschutzkonzepte und hierbei insbesondere die fachliche Weiterentwicklung des Beschwerdemanagements stellte für viele Einrichtungen aufgrund begrenzter Ressourcen und geringer Personalausstattung eine Herausforderung dar. Aus diesem Grund wurde 2021 intensiv zu diesem Thema im Rahmen eines bezirklichen Fachtages für die bezirklichen Träger der OKJA, JSA und FamFö (auch mit Beteiligung der SB) gearbeitet. Die Anpassung und Implementierung der Kinderschutzkonzepte in den Alltag der Einrichtungen der Familienförderung gestaltet sich prozesshaft und fortwährend. Eine Folgeveranstaltung ist für 2022 geplant mit dem Thema „Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Eltern bei der Überarbeitung von Kinderschutzkonzepten“.

- Die gemeinsame Arbeit mit dem Fachamt Jugend- und Familienhilfe zum Thema Sozialraumorientierung kann nur gelingen, wenn für die fallunspezifische Arbeit mehr Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Der Austausch und die Zusammenarbeit im Sozialraum benötigt eine große personelle Ressource, die mit den vorhandenen Mitteln der Rahmenzuweisung Familienforderung nicht abgedeckt werden kann. Um sich im Sozialraum zu vernetzen und für die Kinder, Jugendliche und Eltern ein besseres Lebensumfeld zu gestalten, müssen die Einrichtungen mit mehr Fachkräften besetzt werden.

6. Fazit und Ausblick: Wo werden aktuell die **Herausforderungen und Schwerpunkte** für die bezirkl. Steuerung der Familienförderung gesehen?

- Nach einer langen Zeit des Ausnahmezustandes durch den Lockdown ist der Bedarf an Begleitung und Unterstützung immens, um den Kindern und Familien die Möglichkeiten zu eröffnen, Versäumtes soweit wie möglich nachzuholen und psychischen Belastungen adäquat zu begegnen. Die bereits bestehenden Projekte der Familienförderung leisten hierbei sehr gute Arbeit, sind aber in der aktuell bestehenden Anzahl und Ausstattung nicht ausreichend. Die Beratungs- und Angebotsstruktur müssen nach diesem Bedarf schnellstmöglich erweitert werden, um zusätzliche, kooperative und multiprofessionelle Maßnahmen zur Unterstützung von Kindern und ihren Familien bei der Bewältigung der Folgen der Corona-Krise und Stärkung ihrer Ressourcen zu gewährleisten.

- Die Fachkräfte der Einrichtungen der Familienförderung sind im zweiten Jahr der Corona-Pandemie an die Grenzen gestoßen, was in diesem strukturell und personell vorgegebenen Rahmen möglich ist. Auch sie waren und sind aufgrund dieses Arbeitsaufkommens sehr belastet.

- Auch unabhängig der Corona-Pandemie ist eine personelle Aufstockung der Einrichtungen fachlich notwendig, um den Bedarfen der wachsenden Stadt Hamburg mit seinen wachsenden Sozialräumen gerecht zu werden. Aufgrund der räumlichen Verdichtung und geplanten Neubauten müssen die aktuell vorhandenen Einrichtungen (personell und räumlich) ver- und gestärkt werden, damit der erhöhte Bedarf gedeckt werden kann.

Insbesondere die 1-Frau/1-Mann-Betriebe (z.B. Elternschulleitung mit 30 Stunden-Tätigkeit) geraten aufgrund der begrenzten personellen Ressourcen an ihre Grenzen. Das Hilfe- und Unterstützungssystem muss auch langfristig bedarfsgerecht und auskömmlich ausgestattet werden. • Weiterhin bleibt es eine große Herausforderung, qualifiziertes Personal zu finden, inklusive Honorarkräfte. Leider sind auch einige Honorarkräfte in der Pandemie-Zeit „verloren gegangen“. Sie konnten ihre Arbeit nicht mehr fortführen, da sie ihre Kinder betreuen und beschulen mussten oder aber grundsätzlich ihre Arbeit gewechselt haben in ein festes Anstellungsverhältnis. • Die Implementierung der Kinderschutzkonzepte und hierbei insbesondere die Beteiligung von Kindern, Jugendlichen Eltern ist auch 2022 ein zentrales Thema für die bezirkliche Begleitung der Träger. • Das Thema Digitalisierung in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe steht jüngst sehr stark im Vordergrund. Es gibt einen großen Bedarf an Fortbildung und Unterstützung im Umgang mit der Nutzung von Handys, PCs und Messengerdiensten. Eine fachliche Auseinandersetzung mit dem Thema wird im Bezirk bewegt. • s.a. Punkt 5
•

Bitte bis zum 31. Mai senden an:

Michaela.Treu@basfi.hamburg.de

Vielen Dank!